

Erzchein: an allen Wochentagen. Bezugspreis: ab 1. 10. 21: monatlich M. in der Geschäftsstelle 150.— in den Ausgabestellen 160.— durch Zeitungsboten 170.— am Postamt 165.— ins Ausland 20 Deutsche Mark.

Versprecher: 4246, 2273 3110, 3249.

Bei höherer Gewalt, Betriebsführung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czekowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens 25.— M. im Restmeteil 75.— M. Für Mitträge aus Deutschland 3.50 M. im Restmeteil 10.— M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Posener Tageblatt

Der polnisch-litauische Streitfall.

Genf, 26. September. (P.A.Z.) Nach der Ansprache Ajzenazhs sprach Lord Robert Cecil. Er sprach zunächst Polen die Gefühle seiner Sympathie aus, bemerkte jedoch, daß diese Sympathie ihn nicht davon abhalten könne, kritische Urteile selbst in schärfster Form abzugeben. Ein kritischer Moment der ganzen Angelegenheit ist nach Ansicht des Redners der Staatsstreik des Generals Zeligowski. Cecil begreift nicht, wie man diesen Staatsstreik verteidigen könne, und fordert beide Parteien auf, daß sie den Beweis ihres Einvernehmens geben sollten. Er bringt eine Entschlebung vor, die vom dänischen Delegierten Zable gutgeheißen wurde und nachstehenden Wortlaut hat: Nach Anhören der Hymnanschen Aufklärungen, die den polnisch-litauischen Streit betreffen, und gestützt auf die Entschlebung des Völkerbundes vom 20. d. Mts. spricht der Völkerbundsrat Hymans seine wärmste Anerkennung für die Geschicklichkeit und Ausdauer aus, die er in seiner Arbeit für die Sache des Friedens gezeigt hat. Zugleich spricht er den Dank des Völkerbundes aus und versichert diesen der vollen Unterstützung der Versammlung. Die Entschlebung beruht sich endlich auf die Gefühle und die Klugheit beider interessierter Staaten, die durch gemeinsame historische Traditionen verknüpft sind, und spricht den Wunsch aus, daß es zu einer Verständigung kommen möge, die ebenso für die genannten Staaten wie auch für den Weltfrieden unumgänglich notwendig ist. Am Schluß spricht Bourgeois. Er bemerkt, daß der Völkerbundrat sich von seinen Pflichten politischer Natur leiten lassen könne. Beide interessierten Seiten müßten die Pflichten nicht nur mit Rücksicht auf ihre Staaten, sondern auch mit Rücksicht auf die ganze Welt erfüllen. Die Entschlebung Cecil's wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Etliche Delegierte enthielten sich der Abstimmung.

Genf, 26. September. (P.A.Z.) In der Sonnabend-Sitzung des Völkerbundes wurde die Angelegenheit des polnisch-litauischen Streits geprüft. Hymans gab ein Bild vom Verlaufe des Streits und besprach die einzelnen Stadien der Verhandlungen, die unter seiner Führung stattfanden. Am Schluß seines Berichts, der im übrigen nichts Neues brachte, sagte Hymans: Wir haben das Recht, von Polen und Litauen gewisse Opfer zu fordern. Das Werk der Wiedergeburt beider Staaten ist nicht ausschließlich eigenes Verdienst. Dieses Werk haben gemeinsam alle Völker ausgeführt, die durch 4 1/2 Jahre ihr Blut auf den Schlachtfeldern vergossen, die für den Triumph der Idee des Völkerbundes, für den Triumph der Freiheit und Gerechtigkeit gekämpft haben. Gerade im Namen der Völker, deren Vertreter sich hier versammelten, um die Friedenswacht zu bilden, rufen wir Polen und Litauen auf, das dankbare Werk der Versöhnung durchzuführen. Nach der Hymanschen Ansprache sprach der litauische Delegierte Milos. Am Eingang sprach er von dem Gefühl der Freude, die Litauen aus Anlaß seiner Aufnahme in den Völkerbund empfindet. Litauen, so bemerkte der Redner, nimmt den neuen Hymanschen Entwurf in seinen allgemeinen Umrissen an. Die von den litauischen Delegierten vorgeschlagenen Änderungen waren diktiert von der historischen Erfahrung der Unlösbarkeit der polnisch-litauischen Beziehung. Am Schluß bemerkte Milos, daß solange die Armee Zeligowskis und seine Umgebung nicht aus Wilna zurückgezogen wird, keine Rede von unmittelbaren Verhandlungen über einen Vertrag mit Polen und von einer friedlichen Zusammenarbeit beider Staaten sein kann.

Weitere Sitzungen im Völkerbund.

Aus Genf wird telegraphisch der „Gazeta Warszawska“ folgendes berichtet: Am Sonnabend hielt der Völkerbund zwei lange Sitzungen ab, die ausschließlich der polnisch-litauischen Frage gewidmet waren. Ihr Hauptziel war die Verbreitung einer antipolnischen Propaganda und die Aufzwingung des zweiten Hymanschen Entwurfs an Polen. Die Hymansche Ansprache war in ziemlich objektiver Weise gehalten, obwohl die Aufforderung, mit der er sich an Polen wandte, daß es trotz seines Ruhmesrausches die nationalen Aspirationen zurückziehe, etwas demagogisch gehalten war. Die Versammlung brachte Hymans förmliche Ovationen, die viel zu denken geben. Die Rede Lord Robert Cecil's machte den Eindruck, als wenn er vergessen hätte, daß er Südafrika und nicht England vertritt. Er erklärte, daß er die polnische Politik nicht begreifen könne. Bourgeois betonte, daß es sich nicht darum handle, welche Politik jemand führt, sondern nur um eine unparteiische Schlichtung des Streitfalles.

Die Ansprache Ajzenazhs war besser, als man dies nach der Sitzung des 20. September erwarten konnte. Ajzenazhs war sehr blaß und nervös. Er machte augenscheinlich Anstrengungen, in ruhiger Weise zu sprechen und hatte sogar ein paar glückliche Momente, aber seiner Rede fehlte die Klarheit und Überzeugungskraft. Sie wurde deshalb auch von der Versammlung ohne besondere Zustimmung aufgenommen. Der Delegierte Portugal's Andrade erklärte, daß die Verständigung mit Litauen auf dem Wege unmittelbarer Verhandlungen unter der Führung eines der verbündeten Staaten erzielt werden müßte. Zeligowski sollte sich aus dem Wilnaer Gebiet zurückziehen und an seine Stelle einen Volksrat und eine lokale Miliz berufen.

Der Standpunkt des Litauer Sejms.

Danzig, 27. September. (P.A.Z.) Aus Nowo wird berichtet: Sonnabend abend wurde im Sejm die Debatte über die Intervention der Sozialisten betreffs der polnisch-litauischen Verhandlungen beendet. Nach Schluß der Aussprache wurde mit 87 gegen 34 Stimmen folgende Entschlebung gefaßt: 1. Der Hymansche Entwurf vom 3. September kann von Litauen unmöglich angenommen werden. 2. Bei der Festlegung der Beziehungen zwischen Litauen und Polen kann Litauen keine Bedingungen annehmen, die unmittelbar und mittelbar die Souveränität Litauens beschränken. — Gegen die Entschlebung stimmten die Sozialisten, die Volkspartei und die Juden.

Um Westungarn.

Neue ungarische Angriffe.

Wien, 27. September. (P.A.Z.) Eine amtliche österreichische Meldung teilt folgendes mit: Am Sonntag früh griffen ungarische Banden, die von bewaffneten ungarischen Eisenbahnern unterstützt waren, bei Bruck an der Leitha österreichische Abteilungen an, die sich auf die Verteidigungslinie am Weichsel zurückziehen mußten. Darauf gelang es, die ungarischen Banden zurückzudrängen. Nach den bisherigen Berichten wurden zwei österreichische Soldaten getötet und einer verwundet.

Das Ultimatum.

London, 27. September. (P.A.Z.) Das Ultimatum, das die Entente an Ungarn sandte, steht als eventuelle Strafanordnung die Unterbrechung der Eisenbahn- und Telegraphenverbindung mit Ungarn und weiter eine vollkommene wirtschaftliche Blockade dieses Landes vor.

Der deutsch-amerikanische Friedensvertrag.

Washington, 27. September. (P.A.Z.) Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten sprach sich in günstigem Sinne für eine Ratifizierung der Verträge mit Deutschland, Österreich und Ungarn aus. Nach der Sitzung der Senatskommission hat der Vorsitzende, Senator Lodge, den Staatssekretär Hughes aufgesucht. Dieser versichert, daß die Friedensverträge mit Deutschland, Österreich und Ungarn durch den Senat bestimmt ratifiziert werden. Aus Washington wird berichtet, daß während der Aussprache über die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland und Österreich der Senator Lodge die Zurückberufung der amerikanischen Besatzungstruppen aus der Rheinprovinz forderte.

Frankfurt a. M., 27. September. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Newyork: Der Landesauschuß für auswärtige Angelegenheiten beriet den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag, wobei außer Bonah auch Johnson und Shirlds in Opposition traten. Die Wilson anhängenden Demokraten wollen Änderungen beantragen. Führende Republikaner fordern demgegenüber Divergenzen, um eine Verschleppung der Vorlage zu verhindern.

Die „mittlere Basis“ in Deutschland.

Die deutsche Presse beschäftigt sich lebhaft mit der bevorstehenden Umbildung der Regierungen in den deutschen Staaten.

Nach der „Pöfl. Ztg.“ erklärte der Vorsitzende der preussischen Zentrumsfraktion Dr. Borisch, daß auch in Preußen nur ein Weg der mittleren Basis unter Ausschließung der extremen Rechten und extremen Linken gangbar sei. Am nächsten Mittwoch werden nach ausdrücklicher Einverständniserklärung Stegerwalds im Reichstag die Verhandlungen über die Neubildung der preussischen Regierung stattfinden. Das Zentrum werde dabei rückhaltlos auf dem Boden der Verfassung stehen. Die Umbildung der Regierung im Reich werde vermutlich der geglückten preussischen Regierungsbildung folgen. Diese Umbildung werde auch vom Reichskanzler gewünscht. Die gegen Dr. Wirth unternommenen Versuche, ihm die Verantwortlichkeit für die Annahme des Ultimatums zuzuschreiben, müßten zurückgewiesen werden. Für die Annahme trage die gesamte Zentrumsfraktion die Verantwortung. Sie war unbedingte Notwendigkeit.

Die „Pöfl. Ztg.“, die den Vorstoß gegen Dr. Wirth einleitete, erklärte jetzt, daß sie nur das Interesse habe, daß die Reichsregierung auf die weiteste Grundlage gestellt werde. Wenn dieses Ziel, das selbst in greifbarer Nähe gerückt scheint, nur mit Herrn Wirth zu erreichen sei, so müsse man sich dabei bescheiden. Das Scheitern der in Berlin angebahnten Koalition sei das größere, Herr Wirth das kleinere Übel.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt: In der Presse nehmen jetzt die Betrachtungen über die Regierungsumbildung im Reich und in Preußen einen starken Raum ein. Auch der Streit, ob Reichskanzler Dr. Wirth bleiben soll, wird vielfach erörtert. Uns scheint es, daß diese ganzen Mutmaßungen zurzeit noch verfrüht sind. Jedenfalls haben Verhandlungen irgendwelcher Art mit der hier hauptsächlich in Frage kommenden Deutschen Volkspartei noch nicht in irgendeiner Form stattgefunden. Es ist auch fraglich, ob die Regierungsumbildung sich bereits in aller nächster Zeit vollziehen wird, zumal im Reich frühestens in der nächsten Woche Vorverhandlungen angeknüpft werden, die sich auf die Neubildung der preussischen Regierung beziehen. Die Initiative zu diesen Verhandlungen werden die bisherigen Koalitionsparteien ergreifen müssen. Jedenfalls hat die Deutsche Volkspartei gewiß nicht die Absicht, sich zu diesen Verhandlungen zu drängen.

Im „Deutschen“ wendet sich Stegerwald „in eigener Sache“ gegen einen Artikel des Abg. Jooß in der „Germania“. Die Verantwortung Stegerwalds. Er sagt u. a.: In den letzten 14 Tagen fanden zwischen dem Reichskanzler und mir mehrere sehr eingehende Besprechungen statt, die sich sowohl durch Freimut wie durch Freundlichkeit auszeichneten. Als gestern morgen von Paris Depeschen einliefen, nach welchen Wirth dort als erledigt und ich als der kommende Mann hingestellt werde, erklärte ich sowohl Herrn Wirth wie auch einigen Pressevertretern gegenüber sofort, daß Deutschland gegenwärtig einen Kanzlerwechsel aus verschiedenen Gründen nicht vertragen könne, auch deshalb nicht, weil eine Anzahl rechtsgerichteter Zeitungen den Kampf gegen Wirth zu durchsichtig führten. Es darf zu allem das in den letzten Wochen geschah, nicht auch noch der falsche Anschein erweckt werden, daß eine kleine Gruppe rechtsgerichteter Kreise in Deutschland die Kraft besäße, den Reichskanzler zu stürzen. So steht die Partie nicht. Im Kampfe, nachdem der mehrheitssozialdemokratische Parteitag die hauptsächlichsten Hindernisse für eine breite Mitte mit starkem Arbeiterflügel beseitigte, für Wirth.

Der „Vorwärts“ bezichtigt alle bisher in der Presse bezeichneten Nennungen über die Kandidaten des künftigen umgebildeten Preußen-Kabinetts sowie des Reichskabinetts als leerer Kombinationen. Darunter falle auch die Meldung über ein russisches Kabinett Borisch und über ein Reichskabinett Loeb-Strefemann-Rathenau.

Strefemann gegen die „Germania“.

Berlin, 26. September. Das offizielle Organ der „Deutschen Volkspartei“ veröffentlicht unter der Überschrift: „Er zerstört“, einen Artikel, in dem die Angriffe der „Germania“ gegen Dr. Strefemann zurückgewiesen werden. Es wird hervorgehoben, daß die „Germania“ den Sachverhalt entstellt, wenn sie behauptet, daß Strefemann in stundenlangter Rede den Reichskanzler Dr. Wirth und den Minister Dr. Rathenau angegriffen habe. In dem Artikel heißt es u. a.: Der Artikel der „Germania“ scheint uns nur zu beweisen, daß sie die Person über die Sache stellt. Wir glauben übrigens nicht fehl zu gehen, wenn wir annehmen, daß der Aufsatz den ausgesprochenen Zweck verfolgt, den Gedanken einer weiteren Koalition im Reich zu zerlegen und der vor allem nach links gerichteten Politik Dr. Wirths dadurch wieder zum Siege zu verhelfen. Wir wollen unsererseits abwarten, ob diesem Beginnen ein Erfolg beschieden ist.

Der Kampf um Wirth.

Berlin, 27. September. Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt zu der von dem Organ der Deutschen Volkspartei veröffentlichten Erklärung in dem Kampfe um Wirth: Es sollte auch auf der Seite der bisherigen Koalitionsparteien dem Rechnung getragen werden. Die Auseinandersetzung, die zur Klärung gewiß nötig ist, muß nicht andauernd auf den Ton gestimmt sein, den Herr Dr. Strefemann in Pödenfeld anschlug und der dann aus dem Artikel der „Germania“ zurückklang. Der „Vorwärts“ schreibt: De-

einflußt durch weit rechtsstehende Kreise ist die Deutsche Volkspartei auf dem besten Wege sich als Koalitionspartei unmöglich zu machen. Uns kann es recht sein. Für uns hat der Göttinger Beschluß ja nur die Bedeutung, unter gewissen Umständen mögliche Kombinationen auszuwerten. Der Beschluß ist keine Aufzählung von Kombinationen eine Kann-Bestimmung. Wir haben nicht die Absicht, Weggemeinschaft mit Leuten zu erzwingen, die sich als wilde Feinde unserer Mindestforderungen und einer sachlichen Arbeit der Reichsregierung gebärden. Das „Deutsche Tageblatt“ erklärt zu der Polemik, daß derartige Einleitungsfeierlichkeiten das Abwirtschäften des ohnehin unmöglichen Systems der neuen Koalition kaum lange aufhalten dürften.

Der griechisch-türkische Krieg.

Aus englischen Quellen laufen Nachrichten ein, daß der griechisch-türkische Krieg in Anatolien neuerdings wieder eine Wendung zugunsten der Kemalisten nehme. Der griechische Heeresbericht will das zwar nicht wahr haben, sondern behauptet, daß die Armee König Konstantins methodisch die Ausföhrung ihres Planes (den Zug nach Angora) verfolge, ohne vom Feinde gehindert zu werden. Aber Tatsache ist doch, daß die Griechen bis jetzt nicht nach Angora gekommen sind, sondern noch am Sataliafluß stehen, und daß sie bei Sivrihisar von den Türken überfallen worden sind. Es naht die Regenzeit, und die Londoner Blätter raten zum Frieden, nachdem sich herausgestellt hat, daß die griechische Regierung eine Aufstellung ihrer Friedensbedingungen an die englische Regierung sandte und diese jetzt dabei ist, heimlich Fühlung mit dem bisher durch griechische Waffen bekämpften Mustafa Kemal zu nehmen. Wird also die griechische Offensive aufgegeben? Das griechische Volk steht unter dem Banne der mehr als 400 Jahre alten Prophezeiung, daß ein König Konstantinos (der eine Gemahlin Sophia hat) das Griechentum zu seiner alten Größe zurückführen werde. Im König Konstantin erbilden die Griechen den neuen Schöpfer der alten Macht und Herrlichkeit. Schon im Balkankriege hatte der damalige Kronprinz Konstantin nach langem Niedergang die ersten Waffenerfolge an die griechischen Waffen geknüpft, und jetzt, in dem wechselvollen anatolischen Kriege, waren ihm doch auch schon bemerkenswerte Siege beschieden. Sie wurden erzielt durch schnelles, tatkraftiges Handeln, durch große numerische Überlegenheit und durch eine bessere Ausstattung moderner Kriegsmittel — wie insbesondere der Flugzeuge und der Tanks —, als die Türken aufbieten konnten. Nach einigermaßen zuverlässigen Mitteilungen stehen zurzeit ungefähr 300 000 Griechen auf Kleinasienischem Boden, während die Gesamtzahl der Streitkräfte Mustafa Kemals auf nicht viel mehr als 100 000 Mann eingeschätzt wird. Im Bewußtsein ihrer größeren Zahl, von Ruhmsucht getrieben und von englischen Einseitigern gehebt, haben sich die Griechen in das unwirtschaftliche Innere Kleasiens gewagt. Auch historische Vorbilder scheinen eine Rolle zu spielen. Die Griechen mochten wohl glauben, es ebenso leicht zu haben wie einst der jüngere Kyrus, als er von Sardes gegen Susa aufbrach. Zogen dort die Zehntausend des Xenophon im Angesicht der Heeresmassen des Großkönigs unbehelligt ab, marschierten ohne sonderliche Einbuße durch das feindliche Perseerreich und gelangten glücklich bis zur nordanatolischen Küste. Da müßten doch, so denkt man sich in Athen, die disziplinierten Truppen von Neuhellas noch besser als die zuchtlosen Söldnerhaufen des Xenophon dem schwachen Kemal Pascha Trotz bieten und ihn wohl gar aus seiner Hochburg Angora, die kaum irgendwelche Befestigungen aufweist, vertreiben. Vielleicht hat den Beratern Konstantins weniger der Zug der Zehntausend gegen Artaxerges, als vielmehr der Zug Alexanders des Großen gegen die noch viel vermeidlicheren Perier des Darius Rodomanus vorgeschwebt. Alexander ist ja bis Gordion vorgebrungen. Das ist nicht weit von Angora. So wirkte die Größe Alexanders verführend. Aber die Rechnung war falsch. Die für das letzte Schicksal ihres Vaterlandes kämpfenden Kemalisten sind keine erschöpften Perier. Wenn auch die Truppen Konstantins wie einst die Mannen Xenophons im fruchtbareren Anatolien genügende Verpflegung finden — es gibt dort doch auch ausgedehnte Salzwinien —, so sind sie doch in Feindesland. Der Nachschub von Munition und Kriegsgerät ist schwer. Der moderne Krieg beruht aber auf Munition- und Materialerfaß. Flugzeuge und Tanks, die Waffen, in denen die Griechen den Türken überlegen sind, müssen beständig repariert und ersetzt werden. Datan hat es bei dem schnellen griechischen Vormarsch bald gehapert, und neuerdings nimmt der fühne Zug König Konstantins nach Angora eine bergweifelte Ähnlichkeit mit dem Schicksal Napoleons in Moskau an. Die Geschichte rächt sich, wenn man sie nachhaken will.

Rückzug der Griechen auf Sariköj.

Angora, 26. September. Nach dem amtlichen türkischen Bericht gehen die griechischen Truppen in Richtung auf Sariköj zurück. Tausende von unbedingten Gefallenen liegen auf dem Schlachtfelde.

Paris, 26. September. Nach Berichten aus Konstantinopel zieht sich die griechische Armee in Unordnung zurück. Es ist zweifelhaft, ob sie Eski-Schehir wird halten können. Man erwartet, daß die Griechen bis nach Uschak zurückgehen.

Athen, 26. September. Die Rückkehr des Königs Konstantin steht bevor.

Die Vermittlung des Völkerbundes.

Paris, 27. September. (P.A.Z.) Nazib Bey erklärte in einer Unterredung mit dem Vertreter des „Excelsior“, er erachte es für möglich, daß Kemal Pascha die Vermittlung des Völkerbundes mit dem Vorbehalt annehmen wird, daß die Griechen das von ihnen besetzte Gebiet räumen.

Japans Friedenspolitik.

Tokio 25. September. (Tel.-U.) Der japanische Ministerpräsident hat in einer Rede die japanische Friedenspolitik auseinandergesetzt. Er erkennt an, daß die Vereinigten Staaten und England einen überwiegenden Einfluß ausüben und glaubt, daß eine Annäherung der drei Mächte allen Anlaß zur Unruhe beseitigen würde. Die japanische Wolsfabri sei völlig abhängig von ruhigen politischen Verhältnissen in China und Sibirien. Japan verlange Sicherheit für Leben und Besitz und Reisefähigkeit in diese Länder. Japan sei nicht aggressiv militärisch, es habe seine Rüstungen seit Abbruch des europäischen Krieges nicht weiter ausgedehnt, als es vorher schon geplant war. Es steht auf dem Standpunkt, daß der Vertrag von Versailles nicht angegriffen werden dürfe. Japans frühere Kriege seien Verteidigungskriege gewesen, die im Interesse der Volkswohlthat geführt werden mußten und im Zusammenhange standen mit der Zunahme der Bevölkerung und dem Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen. Diese Zustände beständen auch heute noch. Nur freie Verkehrsmöglichkeit in der ganzen Welt und die Beseitigung aller künstlichen Schranken könnten Frieden und Sicherheit in der Welt für jedermann bieten.

Die Hilfsaktion für Oppau.

Berlin, 27. September. Die Reichsregierung verhandelt mit den in Betracht kommenden Landesregierungen zwecks Bildung eines Hilfsausschusses. Spenden nimmt schon jetzt die Amtskasse 35, Postfachkonto Berlin 55 728 entgegen.

München, 27. September. In der heutigen Sitzung des bayerischen Ministerrats wurden die Grundzüge der Hilfsaktion für die Verunglückten von Ludwigshafen festgelegt und die Konstituierung eines Hilfskomitees beschlossen.

Berlin, 27. September. Die Sarotti-Aktiengesellschaft hat überwiegen anlässlich des Oppauer Unglücks dem Hilfskomitee 500000 Mark.

Berlin, 27. September. Die Stadt Darmstadt beschloß anlässlich des Oppauer Unglücks die Bildung eines Hilfskomitees und die Zeichnung von 50000 Mark.

Berlin, 27. September. Der Reichsarbeitsminister richtete an die Badische Anilin- und Soda-Fabrik folgende Telegramme: Die Nachricht von der furchtbaren Katastrophe, die je über ein deutsches Werk hereingebrochen ist, hat mich tief erschüttert und ich spreche allen den Arbeitern und Angehörigen des Werkes, die im Dienste ihrer Pflicht ihr Leben, ihre Gesundheit, Hab und Gut haben opfern müssen, ebenso wie dem Werk selber mein aufrichtigstes Beileid aus und hoffe zuversichtlich, daß die Badische Anilin- und Soda-Fabrik den furchtbaren Schlag überstehen und mit bewährter Kraft die Wunden heilen werden.

Berlin, 27. September. Oberbürgermeister Voß hat namens des Deutschen Städtetages und der Reichshauptstadt in einem Telegramm an den Gemeindevorstand in Oppau anlässlich des schweren Unglücks sein herzlichstes Beileid ausgesprochen. Zugleich wird mitgeteilt, daß der Berliner Magistrat die Bewilligung von 100000 Mark bei der Stadtverordnetenversammlung zur Vinderung der ersten Not beantragt habe.

Brisbane (Australien), 27. September. Der Gewerkschaftsrat faßte eine Entschlieung, in der wegen des Unglücks in Oppau namens Queensland das lebhafteste Bedauern ausgesprochen wird.

Danzigs Anteilnahme.

Danzig, 25. September. (Relunion.) Der Danziger Volkstag hat den deutschen Reichstag-Berlin und den bayerischen Landtag-München sein Beileid über die Explosionskatastrophe von Oppau ausgesprochen. Es sind folgende Telegramme zur Abfindung gekommen: An den Präsidenten des Bayerischen Landtages München. „Erträchtelt von der Furchtbarkeit der Oppauer Katastrophe spricht der Danziger Volkstag der Vertretung des bayerischen Volkes seine tiefste Anteilnahme aus.“ Dr. Voening, Vizepräsident.

Dem deutschen Volke drückt der Volkstag der Freien Stadt Danzig zu dem furchtbaren Schicksal, der die werktätige Bevölkerung der Rheinpfalz und gleich die deutsche Volkswirtschaft betroffen hat, tiefstes Mitgefühl aus. Dr. Voening, Vizepräsident.

Teilnahme der Rheinlandkommission.

Koblenz, 27. September. (Tel.-U.) Die interalliierte Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete eine Note zugehen lassen, in welcher sie bittet, aus Anlaß der furchtbaren Katastrophe in Oppau der Reichsregierung, der badischen Regierung und der so hart betroffenen Bevölkerung den Ausdruck ihrer warmsten Anteilnahme zu übermitteln.

Englische Hege aus Anlaß der Explosion.

London, 27. September. Der „Daily Telegraph“ deutet in einem Leitartikel an, Deutschland habe in Oppau im geheimen neues Gas mit furchtbarer Explosionskraft hergestellt. In ähnlicher Weise suchen auch die „Times“ die Katastrophe zu benutzen um neuen Argwohn gegen Deutschland zu erzeugen. Während die „Morning Post“ die militärische Schwächung begrüßt, die das Unglück für Deutschland bedeutet, fordern die „Daily News“ die Washingtoner Konferenz auf, an Oppau zu denken, und lassen durch Sachverständige die Riesengefahr eines deutschen chemischen Monopols schildern.

Lies' Kainer.

Geschichte einer Ehe von Beatrice von Winterfeld. (14. Fortsetzung.) (Nachdruck anterjagt.) „Nun, als er in St. Helena war, von allen verlassen, im tiefsten Elend, da hatte die Frau, die ihm in dieser Zeit am meisten sein sollte, ihre Liebesleiden mit jenem Grafen Reipberg. Und kein Erinnerung an den Einsamen auf der öden Felseninsel trübte damals ihre Freude.“ Ernst schüttelte den Kopf. „Pardon, Beste, aber — nun wir wollen doch auch nicht kleinlich sein. Warum sollte Marie Luise diesen Bonaparte denn lieben? Sie hatte ihn ja heiraten müssen auf höheren Befehl. Er hatte sie ja auch nicht aus Neigung genommen.“ „O doch. Napoleon hat sie sehr lieb gehabt.“ „Keine Idee. Er wollte verschwägert sein mit den ersten Thronen Europas, und das war alles. Was er an Josephine getan, so tat man ihm nachher wieder.“ „Von Josephine trennte er sich nur Frankreich zuliebe.“ „Jetzt lachte Ernst laut und herzlich.“ „Ich sag's ja, die Sentimentalität der Frauen! Frankreich zuliebe! Sagen wir lieber, sie wurde das Opfer seines maßlosen Ehrgeizes. Von Liebe kann bei einem Mann wie er nie die Rede gewesen sein.“ Lies runzelte die Stirn. „Das möcht ich dann doch bezweifeln. Warum willst Du ihm heute jedes weichere, edlere Gefühl absprechen?“ „Und warum willst Du die arme Marie Luise der Treulosigkeit beschuldigen gegen einen Mann, dem gegenüber sie doch absolut keine Verpflichtungen mehr hatte?“ „Keine Verpflichtungen? Aber Ernst, als Mutter seines Kindes?“ Er zuckte die Achseln. „Seines Kindes ja, an dem ihre Seele vielleicht sehr wenig Anteil hatte. Wie kann man ein Kind lieben, das man einem Manne ohne Liebe geboren?“

Arbeiterbewegung.

Der Streik in Nordfrankreich.

Paris, 27. September. (Tel.-U.) Der Arbeitsminister hat die Arbeitgeber von Roubaix empfangen. Die Besprechungen führten zu keinem Resultat, da die Arbeitgeber bei ihrer bisherigen Stellungnahme blieben. Sie erklärten dem Minister, daß sie auch ferner zu seiner Verfügung ständen. Der Minister machte der Presse keine offizielle Mitteilung über den Ausgang der Besprechung.

Roubaix, 27. September. (P.A.) Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten sich nach Beendigung der Konferenz mit Briand für die Annahme von Verhandlungen mit den Arbeiterdelegierten einverstanden. Das Streikkomitee forderte alle Arbeiterkorporationen mit Ausnahme der Korporation der Textilindustrie, der Metallindustrie, der Transport- und Bauarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit auf.

Die Arbeitslosen in England.

London, 27. September. (P.A.) Der Stadtrat in London wird am 4. Oktober eine besondere Sitzung über die Angelegenheit der Arbeitslosen in London abhalten.

Der letzte Bericht des Arbeitsministeriums weist einen weiteren Rückgang der Arbeitslosenzahl in England auf. Die Liste meldet 28490 Personen.

Politische Tagesneuigkeiten.

Die Wärdler Erzbergers in Belgien? Zwei Kaufleute, die von Haus zu Haus ihre Waren anbieten, sollen vom Publikum als Schurk und Tölpel erkannt worden sein. Die Polizei in Mons, wo die beiden sich zuletzt gezeigt haben, hat Haftbefehl erlassen.

Deutschfeindliche Ausschreitungen in Brüssel. Das tschechische Korrespondenzbureau berichtet: Montag abend versammelte sich vor dem tschechischen Theater eine zahlreiche Menschenmenge, die die Unterbrechung der deutschen Vorstellung forderte. Die Menge drang in das Theater ein. Es kam zu einem Zusammenstoß, bei dem 7 Polizisten verwundet wurden.

Josse in der Ukraine erschossen. Nach hier vorliegenden zuverlässigen Meldungen ist Adolf Josse vor etwa 1 Monat in der Ukraine von ukrainischen Ukrainern in einem Zuge auf der Fahrt von Odessa nach Kiew geangewonnen worden. Zur Vergeltung für die Mordtaten der Bolschewisten an ukrainischen Gelehrten und Schriftstellern haben die ukrainischen Ukrainer Josse und seine Begleiter nunmehr erschossen. Adolf Josse war bekanntlich ehe Trost der Führung übernahm der Leiter der russischen Friedensdelegation in Brüssel-Litowit und nachher der Gesandte der russischen Regierung in Berlin. Er mußte Berlin verlassen, weil die deutsche Regierung einmännlich festgestellt hatte, daß er hier eine sehr rühmliche bolschewistische Propaganda betrieben hat.

Austritt des tschechischen Handelsministers. Der Minister für Industrie und Handel Kotowec hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Das Gesuch ist bisher noch nicht angenommen worden.

Republik Polen.

Der Lemberger Attentäter, der wie schon gemeldet wurde am Sonntag mehrere Schüsse auf den Kraftwagen abgab, in dem der Staatspräsident zusammen mit dem Wojewoden von Lemberg saß, und den letzteren verwundete, legte im Krankenhaus ein Geständnis ab. Er gab an, er heiße Stefan Fedal und sei Student des Lemberger Polytechnikums. Sein Vater soll unter den in Lemberg wohnenden Ukrainern eine bedeutende Rolle spielen und gegenwärtig in der ukrainischen Bank eine Stellung bekleiden. Der Attentäter erklärte, sein Anschlag wäre nicht auf den Staatspräsidenten gerichtet gewesen, sondern sollte den Tod des Wojewoden von Lemberg herbeiführen. Zugleich wird gemeldet, daß in letzten Tagen die Polizei bei den ukrainischen Akademikern Lembergs Hausdurchsuchungen veranstaltete, aus denen sich ergab, daß die Ukrainer eine Verschwörung gegen den polnischen Staat vorbereitet. Fedal gab zu, daß er ebenso wie viele seiner Kommilitonen an diesen Verschwörungen beteiligt war.

Deutsches Reich.

Strafverfahren gegen den sächsischen Kultusminister. Die Staatsanwaltschaft in Dresden hat gegen den sächsischen Kultusminister, den unabhängigen Sozialdemokraten Fleißner, ein Strafverfahren eingeleitet, weil dieser in einer öffentlichen Versammlung zum Bürgerkrieg, zur Zertrümmerung des gegenwärtigen Staates und zur Aufrichtung der Räterepublik aufgefordert hatte.

Ludendorff über die Lage in Deutschland. Der „Matin“ veröffentlicht eine Unterredung des Generals Ludendorff, die dieser dem Sonderkorrespondenten dieses Blattes, Sauerwein, gewährt hat. Ludendorff erklärte: Ein Revanchekrieg Deutschlands gegen die Alliierten und gegen Frankreich ist für unbestimmte Zeit völlig unmöglich. Frankreich besitzt eine mit allen Kampfmitteln reich ausgerüstete Armee, die bereit ist zu marschieren und die jede Frankreich feindliche militärische Organisation vernichten kann und das um so mehr, als wir durch die

Zerstörung der deutschen Kriegsindustrie jede Möglichkeit verloren haben, neue Kriegsausrüstungen zu schaffen. Es ist eine absurde Einbildung zu glauben, daß Deutschland eine moderne Armee im geheimen organisieren könnte. General Ludendorff erklärte schließlch, die große Frage der Zukunft ist folgende: Werden die Völker Europas, und besonders Frankreich, England und Deutschland den festen Willen finden, die Vergangenheit zu vergessen und werden sie sich die Hand reichen, um gemeinsam und unter Berücksichtigung aller Interessen aller Völker, Europas Wirtschaft wieder aufzubauen? Wenn sich ein solcher Wille nicht finden sollte, wie ich es leider befürchte, so wird der furchtbare Zusammenbruch von ganz Europa unvermeidlich sein.

Unerhörte kommunistische Madausereien. In Mülheim an der Ruhr kam es am Freitag zu kommunistischen Ausschreitungen, wie sie in dieser Höhe bisher kaum noch zu verzeichnen waren. Admiral Scheer, dessen Bekenntnis für die gegenwärtige deutsche Verfassung kürzlich durch die deutschen Blätter ging, der Held der Stageraal-Schlacht, sprach in einer Versammlung des Vereins für das Auslandsdeutschtum. Der Vortrag des Admirals wurde von Kommunisten andauernd durch Zurufe gestört. Als nach Beendigung des Vortrages noch ein anderer Redner sprechen wollte, stimmten die Kommunisten die Internationale an, während die übrigen Versammlungsteilnehmer das „Deutschlandlied“ sangen. Der zweite Redner kam nicht mehr zum Wort. Beim Verlassen des Saales ereigneten sich mühe Zusammenstöße. Die Kommunisten, meist junge Burschen im Alter von 17 bis 25 Jahren, führten in Stärke von etwa 30 Mann den Saal und schlugen mit Latte und Knütteln wahllos auf Frauen und Männer ein. Es entstand darauf eine ungeheure Panik. Von den Kommunisten wurden Tische und Stühle in sinnloser Zerstörungsmut entzwei-geschlagen. Zahlreiche Versammlungsbesucher wurden von den Kommunisten mit blutigen Köpfen aus dem Saal herausgerückt. Schließlich setzten sich die Angegriffenen zur Wehr, so daß die Kommunisten flüchten mußten. Ein junger Mann wurde sehr schwer verletzt davongetragen. Die alarmierte Schupo nahm eine Anzahl von Verhaftungen vor.

Aus der polnischen Presse.

Unter der Überschrift „Die Regierung und die Finanzen“ schreibt der „Dziennik Pozn.“ in seiner Nr. 199:

Herr Bonikowski hat der Warschauer Presse mitgeteilt, er beabsichtige die Steuern ohne Rücksicht auf irgend eine der sozialen Schichten einzuziehen und denke dadurch die Steuer-maschine zu verbessern. Das Festhalten an diesem Hauptpunkt seines Programms ist seine Pflicht und eine der Hauptbedingungen des Daseins seiner Regierung. Zweifelslos muß sowohl die landwirtschaftliche als auch die industrielle Produktion gehoben und an der Verarmung gespart werden, aber in erster Linie brauchen wir ein schnellwirkendes Mittel, das eine möglichst große Menge von Banknoten der Staatskasse zührt, die Inflation verringert und dem Staate die Möglichkeit gibt, die notwendigen laufenden Ausgaben zu machen, ohne daß die Zahl der im Umlauf befindlichen Banknoten durch Neubrud ins Ungemessene vermehrt wird. Auch vor der Abkämpfung der Banknoten darf man nicht zurücktreten. Sie wurde angekündigt, aber aus unbekanntem Gründen nicht zur Anwendung gebracht, obwohl die Nachbarstaaten dieses Mittel mit Nutzen anwandten. Wer weiß, ob die Abkämpfung nicht das erfolgreichste Mittel werden könnte gegen die Magazinierung der Banknoten bei der Landbevölkerung?

Das polnische Blatt spricht dann von der Bedeutung einer energischen Einziehung sowohl der direkten als auch der indirekten Steuern und aller Abgaben als einer Waffe gegen die Zurückhaltung des Papiergeldes durch die Bevölkerung und fährt fort:

Die Rechnungsabläufe der Banken und der Genossenschaften Millionengewinne selbst nach Verteilung von Dividenden in Höhe von 25 und mehr Prozent aufweisen und die Steuern in den Bilanzen einen geringeren Betrag darstellen als die Liantien der Direktion, so ist ein solcher Zustand eine ebenföhlige Anomalie, wie die Aufhäufung von Papiercheinen in Bauernhöfen, davon man bei Gelegenheit von Bränden oder räuberischen Überfällen erzählt. In einem Falle wurden durch einen Brand 40 Millionen in Papier vernichtet, und ein Überfall auf ein Haus eines „armen Kätners“, der auf unentgeltliche Abgabe von Land durch den Staat wartete, brachte den Räubern vier oder fünf Millionen. Steuerhinterziehung muß ebenso streng bestraft werden wie Landesverrat. Von dem traurig geringen Gesamtbeitrag der Steuern, die in die Staatskasse flossen, entfielen kaum 35 v. H. auf die Landbevölkerung. Die Städte zahlten also 65 v. H. des Gesamtbeitrages. Das heißt mit anderen Worten: 65 v. H. der Gesamtsumme wurden von 15 v. H. der Bevölkerung aufgebracht, — der Rest von 85 v. H. der Bevölkerung.

Soll dieser sinnlose Zustand nicht zu den traurigsten Folgen führen, dann muß Herr Bonikowski's Regierung hier einen energischen Strich machen. Es wäre aber falsch, die diese Regierung, allein verantwortlich zu machen. Pflicht der Parteien, und besonders der bäuerlichen Parteien, ist es, die Massen der Wähler an ihre Pflichten zu erinnern, wenn sie auch Rechte genießen wollen, ihre Pflicht ist eine Hebung der Steuermoral und zwar in erster Linie in Bezug auf die Bevölkerungsschicht, die durch

Es tut mir leid wegen meiner Gäste. Laßt euch bitte nicht stören. Mich ruft die Pflicht. Es geht um Tod oder Leben. Adio.“

Er ging. Die andern hörten den Wagen schnell durch die schweigende Nacht rollen.

Gisela blies den blauen Rauch ihrer Zigarette durch die Zähne.

„Etelhafter Beruf das! Na, dann muß man sich halt ohne Gatten amüsieren. Kommt ihr auf die Veranda?“

Lies dachte im stillen, wie müde und abgelenkt er aussah. Und dann an sein Wort: Helden des Alltags.

Sie sah mit leuchtenden Augen auf. „Nun. Und dachte: Wenn wir heute abend allein sind, muß ich es ihm sagen, wie herrlich ich es mir denke, wenn unser Junge auch einmal Arzt wird.“

Helden des Alltags! Männer des Lebens! Verjonnens sah sie in den flimmernden Sternhimmel. — 6. Kapitel.

Der Herbst stand vor der Tür. Da fuhr Lies Mainer auf dem Bahnhof, um Ellen abzuholen. Lustig, mit blanken Augen sonnenverbrannt, sprang Ellen aus dem Knyce und fiel der Schwester lachend und weinend um den Hals.

Ach Lies, wie bin ich froh, daß ich Dich nun endlich wieder habe.“

Hand in Hand saßen sie dann in der Droschke. Eine hatte noch immer mehr zu erzählen als die andere. Als sie über den Kaiser-Wilhelm-Platz fuhren, schlug Ellen erannt in die Hände.

„Ist das das Schloß? Aber das ist ja nur solch ein dunkler alter Kasten! Das hatte ich mir ganz anders gedacht.“

„Aber es ist doch auch schon alt, Ellen, denk mal, aus der Ordenszeit! Und dann sollst Du es erst mal innen sehen. Da müssen wir mit Knut zusammen hingehen, denn keiner weiß so prachtvoll Bescheid wie er. Ueberhaupt alle historischen Punkte in und um Königsberg muß er Dir zeigen und —“ (Fortsetzung folgt.)

die bisherige Politik eine vorherrschende Kaste geworden ist. Die öffentliche Meinung muß darauf achten, welche Stellung die Parteien gegenüber der Finanz- und Steuermaßnahmen der Regierung, und insbesondere gegenüber der geplanten Gründung eines Finanzrates einnehmen werden.

Von der Schuld der Bevölkerung selbst an der unfagbar traurigen gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage Polens spricht auch die „Pravda“ (Nr. 201: „Redukcja cen“). Dort ist zu lesen:

Am Horizont unseres politischen Daseins haben sich schwere Wolken gesammelt, — und wenn sie sich entladen, ist das Schlimmste zu befürchten: ein Unwetter, das den polnischen Staat unbarmergig davonjagen kann.

Keine Regierung, auch nicht die stärkste, ist imstande, das Finanzproblem Polens zu lösen ohne tatkräftige Unterstützung und große Opfer seitens der ganzen Bevölkerung.

Die beiden angeführten polnischen Blätter — Blätter durchaus verschiedener Art und verschiedener Parteirichtung — stimmen, wie man sieht, darin überein, daß sie die Bevölkerung Polens mitverantwortlich machen für die gegenwärtige Finanzlage und daß sie auch von der Bevölkerung selbst den ersten Schritt auf dem Wege der Gesundung der Finanzen erwarten.

Der Streit um Wilna.

Eine politische Versammlung des Nationalen Volksverbandes.

Am Sonntag fand im Saal des Zoologischen Gartens eine große politische Versammlung des Nationalen Volksverbandes statt. Nach der Eröffnung der Versammlung durch den Präsidenten Herrn Dr. Krzywiewski, hielt der Abg. Dr. Marjan Seyda die Hauptansprache.

1. Die an der Versammlung des Nationalen Volksverbandes in Polen am 25. September teilnehmenden Polen und Polinnen protestieren feierlich gegen die vom Völkerverbundrat entworfene Lösung des polnisch-litauischen Streites, da er Polen keinen realen Nutzen bringt und die von heißem patriotischem Gefühl durchglühete polnische Bevölkerung des Wilnaer Gebiets und des Dina- und Wilna-Kreises Litauen zuerkennt, wohn sie nicht gehören will, vielmehr ihre Vereinigung mit der Republik Polen nicht erwarten kann.

2. Infolge der über ein Jahr währenden einseitigen Parteiregierung des Kabinetts Witos sieht die Republik vor der drohenden Gefahr einer Finanz- und Wirtschaftskatastrophe. Aus dieser schweren Lage kann der Staat nur durch eine Regierung gerettet werden, die energisch der bisherigen Verschwendung in der Staatswirtschaft ein Ende macht und eine notwendige Erhöhung der Staatseinnahmen bringt, den Druck von neuem Geld aufhört, die Anarchie im Staate beseitigt, nach dem Programm, das am 13. September durch den Präsidenten des Nationalen Volksverbandes, Abg. Stanislaw Glabinski, veröffentlicht wurde.

Die notwendige parlamentarische Regierung unmöglich gemacht und mit Hilfe der Sozialisten und Thugutt-Parteien, auf die sich seinerzeit die Regierung Moraczewski stützte, eine Beamtenregierung erzwingen wollen.

3. Wir sprechen dem Nationalen Volksverband des Sejm's unser Vertrauen und den Dank für die Mühen und die Energie aus, die sie in der Bekämpfung des staatschädlichen Regierungssystems bezeugt und einer starken, auf gesunden Grundlagenden gestützten Nationalregierung den Weg ebnete.

4. Wir fordern alle Anhänger und Freunde unserer Bewegung, unermüdet die organisatorische Arbeit aufzunehmen, die zu einer richtigen Vorbereitung unserer Wahlkampagne unumgänglich notwendig ist.



Welche Zeitung soll ich halten? Das „Posener Tageblatt.“ Warum?

Das „Posener Tageblatt“ vertritt mannhaft und erst die Interessen der Deutschen in Polen, es unterrichtet schnell und zuverlässig über die politischen Vorgänge und die wirtschaftliche Lage in Polen und im Auslande, es nimmt in Beiträgen aus der Feder sachkundiger Männer selbständig Stellung zu den Tagesfragen, es berichtet eingehend über Ereignisse aus der Welt der Literatur, der Kunst und der Wissenschaft, es bietet reichen Unterhaltungsstoff und es bringt außer dem täglichen Zeitungsstoff wöchentlich zwei wertvolle Beilagen: die „Frauenzeitung“ und die „Wirtschaftszeitung“.

Man bestelle daher sofort das „Posener Tageblatt“.

Sozial- u. Provinzialzeitung.

Polen, 27. September.

Gründung eines Kohlenyndikats?

Bekanntlich hört mit dem 30. d. Mts. die Zwangsbewirtschaftung der Kohlen auf, und der freie Handel tritt dann auch auf diesem Gebiete in Kraft. Die Folge hiervon ist die Auflösung der Kohlenämter und damit die Dienstentlassung der zahlreichen Beamten und Beamtinnen, die bei diesen Ämtern beschäftigt waren.

X Erledigte evangelische Pfarrstellen. Die evangelische Pfarrstelle in Mogilno ist sofort zu besetzen. Bewerbungen binnen drei Monaten an das Konsistorium.

X Evangelisch-litauische Personalnachrichten. Berufen wurden der Pfarrer Wiebe aus Uddiau zum ersten Pfarrer in Uleien, der Hilfsprediger Krüger in Bemg-Hauland zum Pfarrer daselbst, der Hilfsprediger Schoewe aus Uleien zum Pfarrer in Wokrau, der Pfarrer Lauber aus Neustadt a. W. zum Pfarrer in Bemtschen.

X Wieder Frost! In der vergangenen Nacht sank das Thermometer auf -3 Grad Cel. Es hatte in der Nacht stark geregnet.

X Erhöhung der Zuckerpresse. Wie das staatliche Zuckerramt (Urząd cukru) mitteilt, sind für den September-Oktober-Zucker folgende Preise festgesetzt: für Verbraucher: weißer Zucker 132 M., gelber 112 M. für das Kg.; für Gewerbe- und Industriezucker: weiß 250 M., gelb 220 M. für das Kg.

X Der Deutsche Fürsorgekommissioner bittet uns, folgendes mitzuteilen: Von Sonnabend, dem 1. Oktober 1921, beginnen die Dienststunden beim Deutschen Fürsorgekommissariat um 9 Uhr vormittags und dauern bis 4 Uhr nachmittags.

X Künstlergruppe „Swit“. Die graphische Ausstellung des Prof. Leon Buczkowski in den Ausstellungsräumen des „Swit“ (sal. 27. Gradnia 19) ist täglich von 10 bis 6 geöffnet, an Sonntag und Feiertagen von 11 bis 3 Uhr.

X Wie man bewahrt wird. Eine junge Dame wollte in der vergangenen Woche ein Paar Stiefel kaufen und begab sich zu diesem Zwecke zu einem Schuhmachermeister in der ul. Kraszewskiego (früher Hedwigstr.). Wo sie sich mehrere Exemplare vorliegen ließ. Dabei wurden ihr für ein Paar Stiefel 7000 M. und für ein Paar Halbschuhe 4000 M. abverlangt. Da sie sich nicht sofort entschließen konnte, welche Art von Schuhwerk sie wählen sollte, verließ sie den Laden und kehrte einige Stunden später wieder zurück. Wie überlastet war sie, als ihr nunmehr für dieselben Stiefel 10000 M. und für die Halbschuhe 7900 M. abverlangt wurden.

X Eine blutige Auseinandersetzung. Gestern abend gegen 9 Uhr lehrte der 23jährige Arbeiter Ostrowski angetrunken in seine am Plac Sapiezowski (fr. Sapiechplatz) belegene Wohnung zurück und fing dort mit seiner Frau einen Streit an, in dessen Verlauf er sie mißhandelte. Sein Schwager Marjan Kuzmarzki wollte der Ehestandsgemeinschaft ein Ende machen und seine Schwester vor den Mißhandlungen ihres Mannes schützen. Das wollte sich nun wieder Ostrowski nicht gefallen lassen. Schließlich griff Kuzmarzki zu seinem Revolver (mehrwürdig, daß solche Leute immer gleich Schußwaffen bei der Hand haben) und verlegte seinen Schwager durch einen Schuß schwer. Ostrowski wurde in das Stadtkrankenhaus gebracht, sein Schwager ist geflüchtet.

ww. Volkstein, 26. September. In der Hauptversammlung des Deutschen Schuldvereins, dessen Wirken es ermöglicht hat, daß mit Beginn des laufenden Schuljahres hier zwei höhere Schulklassen eingerichtet wurden, ist seine Vereinigung mit der Kreisgruppe des Deutschbundes Volkstein als besonderer Schulausschuß einstimmig beschlossen worden. — Mit dem 1. Oktober wandern die Lehrer Hddel in Silz, Beynte in Nowy Jodny und Möstler in Nowy Sober nach Deutschland aus. Aus unserer Stadt folgt ihnen Lehrer und Kantor Remus, der über 30 Jahre hier tätig gewesen

ist, und übernimmt eine Lehrstelle in Berlin. Als Hauptlehrer der 4klassigen evangelischen Schule ist der Herr D. Schoefinius aus Sobiesierne, Kreis Posen-West, berufen worden. — Die Marktpreise für Lebensmittel nehmen auch hier eine ungeahnte Höhe an. So kostete Butter am letzten Markttage 700 und 800 M. das Fund. Nichts kostet dagegen, dank der guten landwirtschaftlichen Umgebung jetzt nur 18 M. das Bier. — Die Wahlen für den engeren Schulvorstand der evangelischen Schulgemeinde sind bestanden worden; er setzt sich zusammen aus Buchbändler H. Schulz, Pastor E. Belsche, Tischlermeister R. Marjo und Gärtner H. Tausche. — Diebstahl nachts aus der Federhandlung von Waligorsk größere Mengen Leder und dem Kaufmann Dullin Gummischläuche und andere Waren. Eine Diebesbande von 1/4 Millionen M. fanden Gänzhir im Handelshaus „Dom towarowy“. Von den Tätern kehrt jede Spur. — Sonnabend und Sonntag gab die Deutsche Theatervereinigung Posen hier im Victoriahotel zwei Gastspiele: „Im weissen Röhl“ und „Kaiserplatz 3, eine Treppe“. Der Saal war ausverkauft. Draußen der Beifall lohnte die trefflich gelungenen Aufführungen. Das Orchester stellte die hiesige Musikvereinigung der Kapellmeister Schütz und Kötsche.

* Ostrows, 27. September. In der hiesigen Waggonfabrik kam es in der vergangenen Woche zu bedenklichen Auftritten. Veranlaßt wurden sie dadurch, daß die Direktion der Waggonfabrik bat, ihr leihweise Kohlen zur Weiterführung ihres Betriebes zu überlassen, und daß diese Bitte nicht erfüllt wurde. Als die Arbeiter dies erfuhr, begaben sie sich alle zusammen in das Bureau der Fabrik und verprügelten dort den Ingenieur Przewiecki sowie einen Werkmeister, der dem Ingenieur zu Hilfe kommen wollte. Infolge dieser Vorgänge legten die Fabrikbeamten ihre Arbeit nieder, und die Fabrik wurde geschlossen. Die Fabrik wird gegenwärtig von Polizei und Militär besetzt. Die Fabrikleitung beabsichtigt die Entlassung sämtlicher Arbeiter (900).

Briefkasten der Schriftleitung.

(Kassante werden unseren Lesern gegen Einlieferung der Bezugssumme unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Rückantwort erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Table with columns for '27. September' and '26. September'. Lists various securities like '4% Posener Pfandbriefe (alte)', 'Bank Zwiazku I-VII em. (ungef.)', etc., with their respective prices.

Unoffizielle Kurse.

Table with columns for '27. September' and '26. September'. Lists various commodities and exchange rates like '4 1/2% poln. Pfandbriefe', '1 1/2% poln. Pfandbriefe (abgef.)', 'Bank Centralny I-III', etc.

Berliner Börsenbericht vom 26. September.

Table with columns for '26. September'. Lists various market indicators like 'Diskonto-Komm.-Anleihe 317.50', 'Berliner Maschinen-Fabrik', 'Schwarztopf', etc., with their respective values.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 27. September.

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot.

Das Ministerium des Innern überlieferte den Wojewoden eine Verordnung über den Bau eigener Gebäude durch die Städte.

Auf Befehlsbezeichnung bei der Volkszählung. Für die bevorstehende Volkszählung wird von zuständiger Seite besonderes Gewicht darauf gelegt, daß die Erhebungen als ihr Befehlsbezeichnung „uniert-evangeltisch“ angeben.

Ein räuberischer Überfall verübten in der vergangenen Nacht drei maskierte Männer, von denen zwei mit Revolvern, der eine mit einem Messer, bewaffnet waren, bei der Witwe Karoline Buchholz in dem benachbarten Pizkowo, indem sie eine Fensterscheibe einschlugen und in die Wohnung eindringen.

Einmalige Zuteilung von Zucker.

Das Ministerium des ehem. pr. Reichslands fordert sämtliche eingetragene Staatsb.-Konsumvereine sowie eingetragene Arbeiter-Konsumvereine hermit auf, zwecks einmaliger Zuteilung von Zucker schleunigst Anträge unter genauer Angabe der registrierten Zahl ihrer Mitglieder zu stellen.

Die Anträge sind an das Department Przemysłu i Handlu Poznań, ul. Pawła 7 zu richten.

Poznań, den 22. September 1921.

Magistrat der Stadt Poznań.

(—) Dr. Kiedacz.

Frauenchule Scherpingen (Szezerbięcín) Post Autosin (Pommernellen), pow. Tczew.

Lehrgänge für ländliche Hauswirtschaft, Geflügelzucht, Gartenbau. — Ausbildung zur geprüften Hausbeamten. — Angeschlossene Haushaltungsschule für Mädchen mit Volksschulbildung.

Unangenehmer Erholungsurlaub für Damen gegen mäßige Pensionszahlung.

Beginn der Lehrgänge am 15. Oktober.

Auskunft: Schulpläne durch die Vorsteherin 12908

Frl. Ingeborg v. Gyldefeldt.

Deutschtumsbund Wirtschaftshilfe.

Es werden Pachtstellen (auch Gastwirtschaften) in allen Größen ges. u. d. r. Angebote sind zu richten an den Deutschtumsbund, Abt. Wirtschaftshilfe, Poznań, Waly Leszczyńskiego 2.

DENTAL-DEPOT Josef Leiblowitz,

Kraków, Rynek qt. 11

empfehl. 13067

sämtl. zahnärztl. u. zahntechn. Artikel.

Fenster u. Türen einschl. Beschlag u. Verglasung, Reparatur in Glaserarbeiten, jowie übernimmt auch nach auswärt. Tischlermeister Kaindorf, Wronki.

Gardinen- u. Deckenfabrik Izaak Ber u. J. Lewkowicz

Lódz, Potulniowa 6 1213 114

besitzt stets auf Lager in großer Auswahl Gardinen, Decken, Kantonieren, Rouleauxs, Ziehvorhänge in verschiedenen Farben zu billigen Preisen, jowie tamborierte Mägen u. Kragen.

Zuchtbullen, rotbuntes Niederungsvieh (Offriesen), zum Teil schon sprungfähig, hat abzugeben Wirtschaftsamt der Fideikommissherzschafft Castl, powiat Kępno.

Holzwohle waggonweise und in klein. Mengen, liefert auch nach außerhalb

C. KULMIZ T. z. o. p. 13103

Poznań, ulica Przemysłowa. Tel. 2189.

Stoff in Gesamtwerte von 181 000 M. und entflohen dann in der Richtung nach Karamowice.

Ueberfall. Am Sonnabend gegen 1/12 Uhr nachts überfielen zwei Strolche den Mitarbeiter der „Przeład Poranny“ Redakteur Wilkanowicz; sie hatten hinter einem Kohlenhaufen an der Ecke von Górna Wilda (früher Kronprinzstraße) und der ul. Stroma (früher Bahnhofsstraße) auf ihn gewartet. Der Überfall fand von hinten und so unvorhergesehen statt, daß der Überfallene nicht imstande war, sich umzuwenden und zu verteidigen.

Erstaukte Gesichter gab es in der Nacht zum Sonnabend bei mehreren Einbrechern, die in die Räume der Spółka Planta in der ul. Stroma (früher Hahnstraße) eingedrungen waren und dort mit großer Mühe die Seite eines eisernen Schranke kunstgerecht aufknabbert hatten.

Diebstähle. In der ul. Dominikańska 7 (fr. Dominikanerstraße) wurden gestern größere Posen Herren- und Damenstoffe, jowie 75 000 M. bares Geld, im Gesamtwerte von 610 000 M. gestohlen.

Mogilno, 26. September. Unter der Überschrift „Ein ungeführtes Verbrechen“ berichtet der „Kuj. Wot.“ folgendes: In die Biederliche Gastwirtschaft in Mogilno kamen unlängst zwei angestrunkene Männer und fingen an, den hinter dem Schanztisch sitzenden Wirt zu foppen.

Verantwortlich: für Inhalt, Inhalt, Form und Gestaltung: Dr. Wilhelm Gosewintal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrecht; für den Anzeigenteil: M. Grünbaum u. n. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Bekanntmachung.

Das Kohlenamt des ehem. pr. Gebiets gibt zur Kenntnis, daß die Preise für Kohle und Koks aus Oberschlesien und Karwin, welche am 10. September d. J. im „Monitor Polski“ Nr. 205 veröffentlicht wurden, annulliert werden und vom 15. September d. J. eine Erhöhung erfahren angesichts der Erhöhung der Kohlenpreise in Oberschlesien sowie der bedeutenden Verteuerung der deutschen Mark und der tschechischen Krone und werden für importierte Kohle und Koks pro 1 Tonne franko Waggon Grenztation betragen:

Oberschlesische Kohle:

Table with 2 columns: Kohleart (Stück- und Würfelkohle, Rußkohle I und II, etc.) and Preis (22 000, 21 500, etc.)

Karwiner Kohle:

Für alle Sorten 24 000,—

Oberschlesischer Koks:

Für alle Sorten 27 000,—

Karwiner Koks:

Für alle Sorten 40 000,—

Die Abnehmer von importierter Kohle und Koks müssen spätestens bis zum 28. September d. J. die eingezahlten Summen für die Zuteilung von Kohle und Koks lt. den obigen angeführten Preisen ergängen.

Dampf- und Motorpflüge und Reserveteile

ständig auf Lager. CENTRALA PŁUGÓW, T. z. o. p. Poznań, ulica Piotra Wawrzyniaka 28/30. Telephon 4152. — — Telegr.: CENTROPLUG. 13805

Stellenangebote

Hell. Stenotypistin deutsch u. poln., p. j. od. w. nat. Holzengroßgeschäft Wite, Poznań, Schlegelsch.

Zum sofortigen Antritt wird für einen kleinen Haushalt einfache Stütze gesucht.

Gesucht sofort durchaus gebildete alleinstehende nicht zu junge Dame die einfache Buchführung versteht vom Christlichen Hospiz, Poznań, Wajdowa 8.

Stellengesuche

Birlich, Militant, 23 J., spricht perfekt polnisch sucht auf großem Gute Stellung. Antritt sofort. Angebote unter 3107 an die Gesch. d. Bl. erb.

Perfekte Buchhalterin

für die Nachmittags- oder Abendstunden sofort gesucht. Offerten an „PAR“, ulica Franciszka Ratajczaka 8, unter Nummer 9653.

Zur Führung diesiger unmittelbar am Bahnhof Porajon (Giechhorst) der Straße Poznań-Bydgoszcz gelegenen Postagentur zum 1. November d. J. geeignete Persönlichkeit (Herr od. Dame evtl. Witwe mit Tochter oder desgl.) gesucht, die ausreichend polnische Sprachkenntnisse in Wort und Schrift besitzt.

1-2 möbl. Zimmer

(evtl. gegen Bezahlung mit Lebensmitteln) gesucht. Auswärtliche Angebote unter 3096 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Ankünde u. Bekannte Metalle:

Zink, Blei, Kupfer, Messing usw. jowie sämtl. Metallabfälle

W. Płonka, Metallwarenfabrik, Poznań, ul. Zagórze 6, Teleph. 110.0.

Teppich (in grün gehalten) 3x4 oder 3x5 u. 2 gute Stores zu kaufen gesucht.

Gute Geige zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe an Gerhard Kerschmer, Leszno, Rynek 22.

Grauen Haaren gibt die Naturfarbe unter Garantie wieder „Axela“ Haar-Regenerator

Mittel-Plattenspieler großer Hobplattenlöcher jowie Damenschuh zu verkaufen. Nachmittags. Wierzbicice (fr. Bitterstr.) 24a, 1111.

Brennabor m. Verbed. Kinderwagen fast neu, vernickelt, Gummiräder, preisw. zu verkaufen. Anfr. u. J. W. 3090 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Fensterglas in allen Massen, Ornament-, Korb-, Draht- u. Mouslinglas; Glaserfitt, Glaserdiamanten, Bildereisen, Strohpappen. E. Zippert, Sp. z. o. p., Gniezno.

Zoppot — Poznań Wohnungsaussch. Meine direkt an der See gelegene 5 Zimmerwohn. suche zu tauschen mit einer solchen in Poznań. J. Dloniewski, 4. St. Poznań, Slowackiego 23, ptt. 13091

Junger sol. Herr (Eisenhandl.-Beamter) sucht v. j. möbl. erf. Zimmer. Angebote unter 3101 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

an das Postamt wenden, welches die Zustellung der Zeitung an dem Wohnorte des Lesers zulegt bewirkt hat.

Nur im Falle, daß das Postamt versagt, den Reklamationen wegen nicht pünktlicher Lieferung nachzukommen bitten wir eine Beschwerde an die Geschäftsstelle in Poznań ul. Zwierzywiecka 6 zu richten.

Gut eingeführtes techn. Bureau

mit industr. Vertretungen sucht zwecks Erweiterung und Erweiterung eines ardn. eigenen Materiallagers stillen oder lat. Teilhaber mit ent. Kapital. Best. Offerten unter 3099 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Deutsche Bücherel. zwecks Revision der Bestände werden die Leser gebeten, bis einschließlich 1. 10. sämtliche entliehenen Bücher abzugeben.

Ein Warschauer Akademiker (i. Posen) gibt Unterricht in poln. Spr. u. Mathematik. Df. u. 3089 a. d. Geschst. d. Bl.

Mrs. Wajsfrau empfielt Frau Majewska, Bukowska 7 III. Postkarte genügt.

Junge Dame vom Lande kath. Vermögen u. Aussteuer vorhanden. sucht auf diesem Wege mit Herrn zwecks

Heirat

in Briewechsel zu treten. Lehrer oder Beamter bevorzugt. Off. u. 3110 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Landwirtsch. ev. 27 J. alt die 100 000 M. Verm. j. Möbel u. Wäsche, 100-1 Ruh. begehrt, wünscht, da sie keine Gelegenheit zu Herrenbekanntschäften hat, Landwirt oder Handwerker zwecks

Heirat

kennen zu lernen, Witwer nicht ausgeschlossen. Off. u. N. B. 105 postlagernd. Post erb. Anonym zwecklos.

Zeitungsbezieher,

welche unser Blatt durch die Post erhalten, müssen bei Unregelmäßigkeiten in der Zustellung oder bei einer Überstellung nach einem anderen Ort, überhaupt in allen Angelegenheiten, die den Bezug betreffen, sich stets